

NR. 42



April 2020

Gegen die Einführung des 12-Stunden-Tages und der 60-Stunden-Woche!

Liebe Kolleg*innen,

die Angriffe auf die lange und hart erkämpften Rechte auf uns Beschäftigte während der Corona-Pandemie scheinen kein Ende zu nehmen. Die Frechheit der (Groß-)Unternehmer ist wohl grenzenlos, die gerade jetzt hunderttausende Kolleg*innen in die Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit geschickt haben und Milliarden an Dividenden auszahlen, schreien aber gleichzeitig nach Staatshilfen. Die Bundesregierung, die ihnen jeden Wunsch von den Augen abliest, hat jetzt per Verordnung die Verlängerung des Arbeitstages auf 12 Stunden und der Woche auf 60 Arbeitsstunden beschlossen, während die Ruhezeiten sogar um 2 Stunden auf 9 Stunden gekürzt werden können. Diese Verordnung gilt erstmals bis zum 30. Juni 2020 und könnte auch in der GeNo Realität werden.

Für die Beschäftigten am Patient*innenbett bedeutet es dann sogar, dass wir einen 12 ½ Stunden Arbeitstag haben, weil ja jede Schicht eine halbe Stunde Übergabezeit benötigt. Viele der Beschäftigten, die nicht in Bremen oder im direkten Umland wohnen, werden erst nach 15 Stunden zu Hause sein. Und 9 Stunden später dürfen wir schon wieder arbeiten.

Etliche Corona-Maßnahmen der Bundesregierung erfreuten sich einer hohen Zustimmungsrates in der Bevölkerung und in Umfragen hatte die Große Koalition erstmals wieder eine knappe Mehrheit unter den Befragten. Anscheinend meint die Bundesregierung, sie hätte damit einen sog. Freischein bekommen, um die lange und hart erkämpften Arbeitnehmerrechte im Schatten der Corona-Pandemie außer Kraft zu setzen. Doch mit dieser Maßnahme bringen sie viele Beschäftigte gegen sich auf und zeigen ihr wahres Gesicht. Hier geht es nur um Profite. Entschiedener Widerstand von der Gewerkschaftsspitze ist nicht zu vernehmen, manche – wie der ver.di-Vorsitzende Werneke – können sich nicht einmal zu einer Ablehnung der Verordnung durchringen. Das wird aber nur zur Folge haben, dass diese Leute, die im Krisen-Co-Management jede Kröte schlucken, ihre Glaubwürdigkeit als Vertreter*innen im Interesse der Kolleg*innen verlieren. Kein Wunder, dass z.B. im KBM und der GeNo nur sehr wenige in den Gewerkschaften Mitglied sind.

Wir sind gespannt, wie sich der Betriebsrat im KBM verhält. Auf vielen Stationen ist der Dienstplan für den Mai schon fertig und von der Pflegedienstleitung unterschrieben. Will die Direktion diese Dienstpläne ändern lassen, unterliegt dies der Mitbestimmung im Betriebsrat. Fakt ist, dass unsere Kollegin Ariane Müller, ordentliches Mitglied im Betriebsrat, sich eindeutig gegen diese neue Verordnung der Bundesregierung ausspricht.

Es wird endlich Zeit, dass wir die Dinge selbst in die Hand nehmen.

Eure Kolleg*innen von uns reicht`s, die unabhängige Betriebsgruppe im KBM seit 2005

V.i.S.d.P. und Kontakt: Ariane Müller, uns.reichts.bremen@t-online.de